

7. Wahlperiode

(Zu 7/6508)

10. 12. 79

Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr

**auf die Kleine Anfrage der Abg. Reinelt u. a. SPD
— Drucksache 7/6508 vom 26. Oktober 1979**

Rohölleitungen in Baden-Württemberg

Die Kleine Anfrage hat folgenden Wortlaut:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung den gegenwärtigen Umfang der Rohölleitungen in Baden-Württemberg, und wie schätzt sie den Beitrag dieses „Netzes“ für die Sicherstellung der Mineralölversorgung in Baden-Württemberg ein?
2. Welche Zielvorstellungen über den Ausbau eines Rohölleitungsnetzes in Baden-Württemberg hat die Landesregierung?
3. In welchem Umfang gibt es von den Mineralölgesellschaften konkrete Pläne über den Bau von einzelnen Rohölleitungen? Insbesondere: Wie ist der Stand der Planungen, aus dem Raum Mannheim eine Leitung in den Mittleren Neckarraum zu legen?
4. Welches Ergebnis hat die Studie über die Anbindung des süddeutschen an das norddeutsche Rohrleitungsnetz ergeben, die vom Bundeswirtschaftsminister sowie dem hessischen und dem bayerischen Wirtschaftsminister an das Energiewirtschaftliche Institut der Universität Köln vergeben wurde?

25. 10. 79

Reinelt, Kiesecker, Beerstecher SPD

Mit Schreiben vom 7. Dezember 1979 Nr. IV 8274/2 beantwortet das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu 1. bis 3.:

Die in Baden-Württemberg gelegenen Raffinerien

Erdölraffinerie Mannheim GmbH, Mannheim,
Oberrheinische Mineralölwerke GmbH, Karlsruhe und
ESSO AG, Karlsruhe

Eingegangen: 10. 12. 79 / Ausgegeben: 04. 01. 80

werden aus dem Mittelmeerraum über untereinander verbundene Rohöföhrnleitungen von

Marseille (SPLSE) mit Anschlußleitung nach Mannheim und Triest (TAL) via Ingoldstadt

versorgt.

Eine Rohrleitungsverbindung zu den Nordseehäfen besteht nicht. Endpunkt des norddeutschen Rohölleitungssystems ist die Raffinerie Raunheim bei Frankfurt.

Die Rohölleitungen aus dem Mittelmeerraum erlauben eine ausreichende Versorgung der im Lande und im Nachbarland Rheinland-Pfalz gelegenen Raffinerien in Speyer und Wörth. In Übereinstimmung mit der für den Bau und Betrieb von Rohölleitungen verantwortlichen Mineralölwirtschaft hält die Landesregierung eine Erweiterung des Netzes nur für angezeigt, wenn eine weitere Raffinerie in Baden-Württemberg errichtet würde. Angesichts der Raffinerieüberkapazitäten besteht hierfür in absehbarer Zeit keine Notwendigkeit. In Betracht käme längerfristig allenfalls die Verlegung einer Mineralölproduktenleitung in den Mittleren Neckarraum.

Zu 4.:

Ist demnach die Versorgung der süddeutschen Raffinerien gewährleistet, so können doch bei Krisenfällen — z. B. Ausfall der Nordsee- oder Mittelmeeraanlandungshäfen für Rohöl — regionale Versorgungsschwierigkeiten in der Bundesrepublik, insbesondere auch in Süddeutschland auftreten. Mit der Frage, ob sich für solche Fälle eine Verbindung der nord- und süddeutschen Rohölleitungssysteme empfiehlt oder ob andere Maßnahmen gleichermaßen wirksame Abhilfe schaffen können, befaßt sich die Studie des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität Köln „Verbindung bzw. stärkere Vermaschung der existierenden Pipelinesysteme in der Bundesrepublik Deutschland als Möglichkeiten zur Sicherstellung der Mineralölversorgung in Krisenfällen“.

Die Studie ergibt, daß bei Ausfall einer Rohölleitung beträchtliche Möglichkeiten der Fertigproduktenzufuhr in die von Störungen betroffenen Raffinerieräume bestehen. Die vorhandenen Reservekapazitäten im herkömmlichen Verkehrssystem sind so groß, daß nicht das Transportsystem, sondern die dann verfügbaren Fertigprodukte die beschränkende Größe für die Versorgung der von Störungen betroffenen Regionen sind.

Für Baden-Württemberg führte die Studie zu folgenden Ergebnissen:

- Ein Ausfall der SPLSE könnte mit einem erhöhten Rohöldurchsatz durch die TAL in Verbindung mit zusätzlicher Fertigproduktenzufuhr ausgeglichen werden.
- Ein Ausfall der TAL könnte mit einem erhöhten Rohöldurchsatz durch die CEL (Rohölleitung Genua—Ingoldstadt) und über die SPLSE sowie über zusätzliche Fertigproduktenzufuhr, ausgeglichen werden.

Nur bei einem gleichzeitigen längeren Ausfall von SPLSE und TAL könnte die Rohölfehlmenge nicht mehr durch eine Fertigproduktenzufuhr ausgeglichen werden. Eine Deckung des Mineralölbedarfs ließe sich in diesem Fall nur durch die Verbindung der nord- und süddeutschen Ölleitungssysteme erreichen. Hierfür bietet sich nach dem Gutachten die Verbindung von

- Raunheim/Frankfurt—Karlsruhe an, wobei zunächst das Leitungssystem von Rotterdam an verstärkt werden müßte. Dies würde Investitionskosten von rund 220 Millionen DM bedingen.

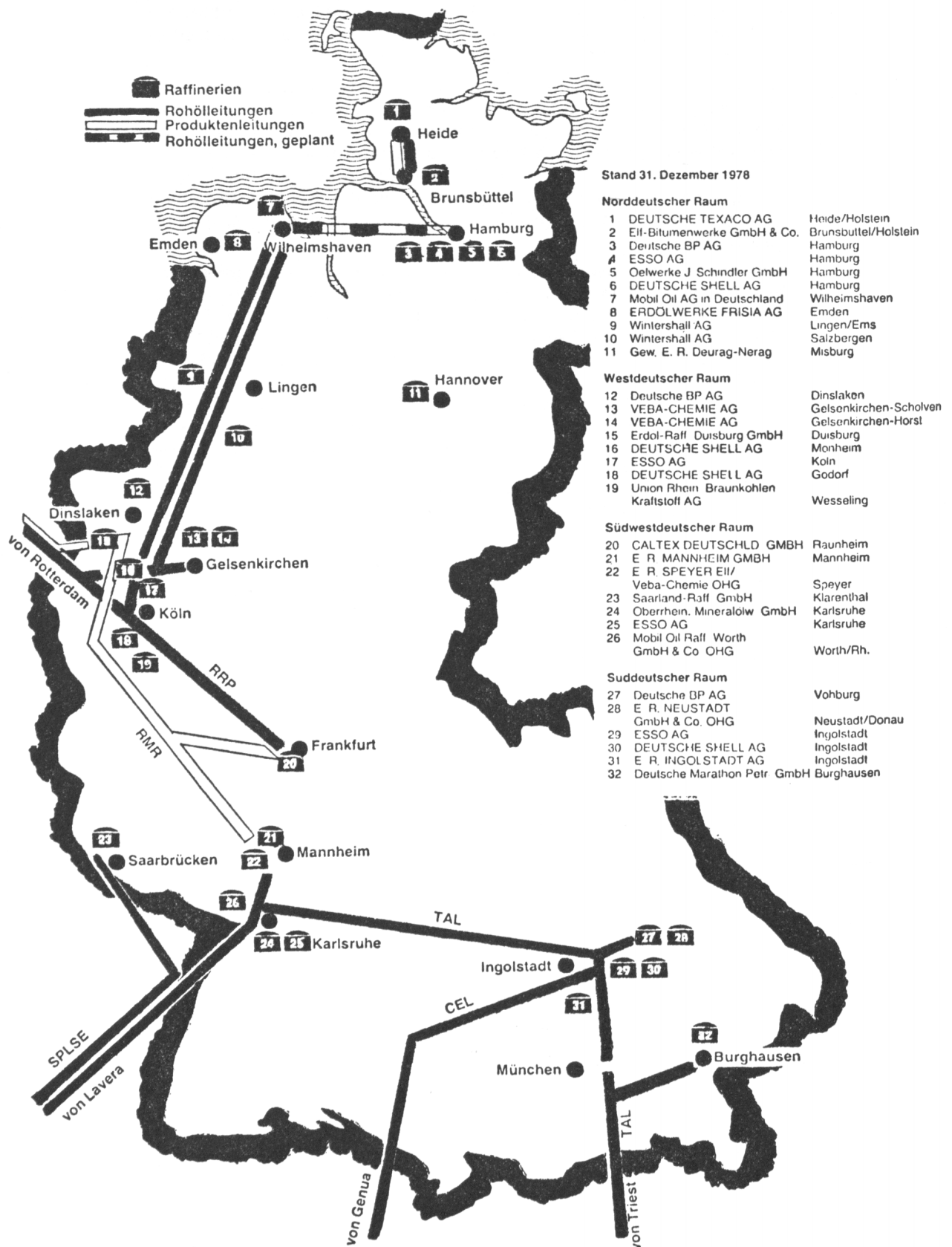
- Hünxe/(Dinslaken)—Raunheim—Karlsruhe, wobei zunächst das Leitungssystem von Wilhelmshaven und die Löschkapazitäten in Wilhelmshaven verstärkt werden müßten. Dies würde Investitionen von rund 1,9 Milliarden DM bedingen.

Da weder die Verbindung Raunheim/(Frankfurt)—Karlsruhe noch eine doppelt so leistungsfähige Verbindung Hünxe/(Dinslaken)—Karlsruhe die Versorgungsmöglichkeiten bei normaler Versorgungslage verbessert, hat die Wirtschaft von entsprechenden Investitionen abgesehen. Auch künftig sieht sie unter der Annahme, daß längerfristig nicht mit einer veränderten Struktur der Rohölversorgungsströme zu rechnen ist, keine Notwendigkeit, eine solche Verbindung zu schaffen.

Eine Verbindung des nord- und süddeutschen Rohölleistungssystems hätte damit nur Bedeutung für Krisen, wobei darauf hinzuweisen ist, daß auch hierdurch nur ein gewisser Teil aus dem breiten Fächer der denkbaren Krisenfälle abgedeckt werden könnte. Angesichts der Tatsache, daß künftig weniger die Transportmöglichkeiten als die Rohölversorgung selbst der bestimmende Umstand sein werden, wird eine Verbindung nur einen beschränkten Gewinn an Versorgungssicherheit bringen können. Bei der voraussichtlichen Struktur künftiger Krisen verspricht sich die Landesregierung eine Verbesserung der Versorgungssituation in Krisenfällen vor allem durch eine verstärkte Lagerung der nach den Bevorratungsregelungen zu haltenden Vorräte an Rohöl und Mineralölprodukten im Lande.

In Vertretung

Ludwig
Staatssekretär



Quelle: Jahresbericht 1978 des Mineralölwirtschaftsverbandes e. V.